

Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Eidgenössisches Departement für
Verteidigung, Bevölkerungsschutz
und Sport VBS
Herr Bundesrat Martin Pfister
Maulbeerstrasse 9
3003 Bern

per E-Mail an:
niklaus.tschan@baspo.admin.ch

10. März 2026

Vernehmlassung zum Bundesbeschluss über die Unterstützung der Kandidatur, Vorbereitung und Durchführung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2038

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 14. Januar 2026 wurde der Regierungsrat des Kantons Solothurn eingeladen, zum Entwurf des Bundesbeschlusses über die Unterstützung der Kandidatur, Vorbereitung und Durchführung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2038 (OPWS 2038) Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Gelegenheit.

Wir begrüßen die Bestrebungen des Bundesrats, die Schweizer Kandidatur zu unterstützen und sind mit den Eckwerten der Unterstützung, wie sie im Entwurf des Bundesbeschlusses dargelegt sind, grundsätzlich einverstanden.

Nach 1928 und 1948 hätte die Schweiz im Jahr 2038 die Möglichkeit, zum dritten Mal Olympische Winterspiele auszutragen. Die Akzeptanz und Unterstützung der breiten Bevölkerung für eine Sportgrossveranstaltung höchster Stufe wie den OPWS kann jedoch nur dann erreicht werden, wenn ein nachhaltiges Vermächtnis für die Gesellschaft geschaffen wird. Dem Aspekt der Nachhaltigkeit in den drei Dimensionen Gesellschaft, Ökologie und Ökonomie ist grosses Gewicht beizumessen. Entsprechend sind möglichst viele bereits bestehende Anlagen zu verwenden. Die darüber hinaus benötigten Infrastrukturen sind so zu konzipieren und auszugestalten, dass sie auch nach dem Anlass eine regelmässige, finanziell tragbare und somit langfristige Weiterverwendung finden.

Zu den vorgeschlagenen Eckwerten gemäss Art. 2 halten wir folgendes fest:

Gemäss Art. 2 Bst. c beteiligt sich der Bund nicht an den Kosten der Sicherheitsorgane der Kantone. Vor dem Hintergrund des hohen Stellenwerts der OPWS 2038 für unser Land kann sich der Regierungsrat vorstellen, die Austragungskantone im Rahmen eines IKAPOL-Einsatzes zu unterstützen.

Nach Art. 2 Bst. e beteiligen sich die Kantone mindestens im gleichen Umfang wie der Bund an der Finanzierung der Durchführungskosten der OPWS 2038. Damit sind wir grundsätzlich einverstanden. Dieses Einverständnis gilt jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die Aufteilung der maximal 200 Millionen Franken der Kantone so umgesetzt wird, wie sie in den Erläuterungen zum Entwurf des Bundesbeschlusses dargelegt wird: Sämtliche Kantone beteiligen sich über die Stiftung Sportförderung Schweiz im Umfang von 60 Millionen Franken. Daneben

werden die von den Austragungsorten zugunsten des Projekts geleisteten Finanzhilfen im Umfang von 140 Millionen Franken vollumfänglich mitberücksichtigt.

Somit befürwortet der Regierungsrat des Kantons Solothurn den Vorschlag des Bundesrates und bedankt sich für die Berücksichtigung seiner Stellungnahme.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Susanne Schaffner
Frau Landammann

sig.
Yves Derendinger
Staatsschreiber